



Berlin, 19. Mai 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

die Wahlerfolge der CDU bei den Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen haben gezeigt: Wahlen werden in der Mitte gewonnen. Mit viel persönlichem Engagement und Einsatzfreude haben unsere Parteifreunde für Annegret Kramp-Karrenbauer, Daniel Günther und Armin Laschet gekämpft. Sie sind von Tür zu Tür gegangen und haben die Bürgerinnen und Bürger von den Zielen der CDU überzeugt. Jetzt gehen wir mit Rückenwind in den Bundestagswahlkampf. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns, dass wir ihre Wünsche und die aktuellen Herausforderungen erkennen, Lösungen erarbeiten und diese in die Tat umsetzen. Wenn wir weiter hart arbeiten und unsere Standpunkte klar vertreten, werden wir am 24. September erfolgreich sein. In den nächsten vier Sitzungswochen stehen mit der Reform der Bund-Länder-Financen, den Gesetzen zur Betriebsrente sowie den zahlreichen Vorhaben im Bereich der inneren Sicherheit noch wichtige Punkte auf der Tagesordnung.

In Frankreich wurde Emmanuel Macron zum neuen Präsidenten gewählt. Seine erste Auslandsreise hat ihn nach Deutschland geführt. Beim vertrauensvollen Zusammentreffen mit Angela Merkel hat er die Bedeutung der deutsch-französischen Freundschaft und der Europäischen Union herausgestellt. Macron setzt auf die Weltoffenheit Frankreichs und sieht es als Chance, die Globalisierung gemeinsam zu gestalten. Er hat wichtige Reformprogramme angekündigt, um die Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs sicherzustellen. Gemeinsam können wir Europa in den nächsten Jahren voranbringen. Frankreich bleibt weiterhin unser wichtigster Partner und Verbündeter in der Europäischen Union.

In der zurückliegenden Sitzungswoche haben wir die Fortsetzung der Bundeswehreinsätze im Rahmen der EU-Ausbildungs- und Beratungsmission EUTM Mali sowie der Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias in namentlicher Abstimmung beschlossen. Zudem streben wir an, die Beteiligung der Bundeswehr an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo fortzusetzen. Die Soldatinnen und Soldaten leisten in den weltweiten Auslandseinsätzen einen hervorragenden Dienst. Für ihren Einsatz für unsere Werte gebührt Ihnen Respekt und Anerkennung.

Mit den besten Grüßen aus Berlin

Ursula v. der Leyen



Sitzungswoche des Bundestages vom 16. bis 19. Mai 2017

Durchsetzung der Ausreisepflicht

Wir wollen die Abschiebung vollziehbar ausreisepflichtiger Ausländer konsequenter durchsetzen, vor allem wenn von diesen Sicherheitsrisiken ausgehen. Das entsprechende Gesetz haben wir in zweiter und dritter Lesung verabschiedet. Zudem sollen Ausländer, die ausreisepflichtig sind, aber nicht freiwillig ausreisen, sich nur noch im Bezirk einer einzelnen Ausländerbehörde aufhalten dürfen, sofern sie über ihre Identität oder Staatsangehörigkeit getäuscht oder ihre Mitwirkung bei der Rückführung verweigert haben. Darüber hinaus stärken wir die Möglichkeiten der Überwachung und Abschiebeinhaftierung von Ausländern, die eine Gefahr für die innere Sicherheit darstellen. Abschiebehaft soll bei gefährlichen Ausreisepflichtigen künftig auch dann zulässig sein, wenn die Abschiebung absehbar nicht innerhalb von drei Monaten vollzogen werden kann. Wir ziehen damit wichtige ausländerrechtliche Konsequenzen aus den Anschlägen von Berlin und Ansbach.

Bericht zur Entwicklungshilfepolitik

In dieser Legislaturperiode haben wir die Haushaltsmittel für die Entwicklungspolitik enorm gesteigert. Deutschland erfüllt 2016 das Ziel, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Dieses haben sich die entwickelten Staaten der Welt gemeinsam gegeben. Das „Textilbündnis“ und die „Agenda 2030“ sowie die Beteiligung von Kommunen und der privaten Wirtschaft an der Entwicklungszusammenarbeit verdeutlichen die Ausrichtung unserer Entwicklungspolitik an der neuen Vision für die Weltgemeinschaft gemäß den 17 Zielsetzungen der UN-Nachhaltigkeitsagenda. Unser engagierter Bundesminister Dr. Gerd Müller hat viel zu einer gestiegenen öffentlichen Wahrnehmbarkeit dieses wichtigen Themas beigetragen. Der Bericht gibt einen

Überblick über aktuelle globale Herausforderungen, wesentliche von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte Weichenstellungen in der Entwicklungspolitik und zieht eine positive Bilanz für die Zeit seit 2013.

Wohnungseinbruchsdiebstahl

Als weiteres Mittel zur Bekämpfung der zu hohen Einbruchszahlen verschärfen wir das Strafrecht und weiten die Befugnisse der Strafermittlungsbehörden aus. Wir setzen damit eine Forderung unserer Fraktion von der Vorstandsklausur im September 2016 um. Künftig wird der Wohnungseinbruch in privat genutzten Wohnungen härter bestraft, indem ein neuer Straftatbestand dafür eine Mindeststrafe von einem Jahr vorsieht. Ein Einbruch in die Privatsphäre ist oftmals ein traumatisches Erlebnis für die Opfer. Daher ist eine Anpassung des Strafmaßes angemessen. Zudem erweitern wir den Katalog der Straftaten in der Strafprozessordnung, nach dem die Polizei nach richterlichem Beschluss Verbindungsdaten der Tatverdächtigen auswerten kann. Somit wird es leichter, die Bandenstrukturen der Täter aufzudecken.

Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken

In erster Lesung haben wir mit diesem Gesetzentwurf die Einführung von Compliance-Regeln im Sinne eines Beschwerdemanagements bezüglich strafbarer Inhalte in den sozialen Netzwerken diskutiert. Offensichtlich strafbare Inhalte sollen innerhalb von 24 Stunden nach Eingang der Beschwerde gelöscht oder gesperrt werden müssen, weitere strafbare Inhalte innerhalb von sieben Tagen nach Eingang der Beschwerde. Weiterhin werden die Plattformen unter anderem zu vierteljährlichen Berichten über den Umgang mit Beschwerden verpflichtet. Bei einem Verstoß gegen diese Compliance-Pflichten drohen dem Unternehmen bis zu 50 Millionen Euro Geldbuße. Zudem erhalten Opfer von Persönlichkeitsrechtsverletzungen einen Anspruch gegen den Betreiber auf Auskunft zum Täter.

Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl 2017

Am 6. Mai wurde in Hannover die Landesliste der CDU in Niedersachsen für die Bundestagswahl 2017 aufgestellt. Ich freue mich sehr, als Spitzenkandidatin der CDU in Niedersachsen für die Bundestagswahl anzutreten und danke allen Delegierten sehr herzlich für das mir entgegengebrachte Vertrauen. Es wird ein harter und langer Wahlkampf. Aber die erfolgreichen Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen haben gezeigt, dass es sich lohnt, engagiert für die Ziele der CDU zu kämpfen.



Mit meinen Bundestagskollegen Michael Grosse-Brömer, Maria Flachsbarth und Mathias Middelberg

Matjesessen im Ortsverband Döhren-Wülfel



Gerne bin ich am 5. Mai zum traditionellen Matjesessen des Ortsverbandes Döhren-Wülfel gekommen. Den dort anwesenden Mitgliedern und Gästen berichtete ich über die neuesten politischen Entwicklungen in Berlin. Anschließend entwickelte sich eine angeregte Diskussion.

19. Mai 2017

Mit viel Motivation gehen wir in die kommenden Monate bis zur Bundestagswahl. Es tut gut zu wissen, dass ich auf ein tolles Team in meinem Wahlkreis bauen kann, das mich so tatkräftig unterstützt.

Daten und Fakten

Verteilung der Steuerlast

Die Verteilung der Steuerlast in Deutschland zeigt, dass die zehn Prozent der Haushalte mit den höchsten Einkommen fast die Hälfte des gesamten Aufkommens der Einkommenssteuer zahlen. Während rund 2,7 Millionen Erwerbstätige keine Einkommensteuer zahlen, da ihr Arbeitsverdienst zu gering ist, sind rund 4,2 Millionen Personen vom Spitzensteuersatz in Höhe von 42 Prozent betroffen.

Deutschlands Exporte auf Rekordhoch

„Made in Germany“ bleibt auch im März 2017 international gefragt, wie neuste Zahlen nahelegen. Deutsche Exporte stiegen um fast 11 Prozent, die Importe um rund 15 Prozent an. Damit hält Deutschland den positiven Trend aus dem Vorjahr aufrecht. Insgesamt wurden im März Waren im Wert von rund 118,2 Milliarden Euro ausgeführt, was einen Anstieg von 10,8 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat ausmacht. Die Importe erreichten mit 14,7 Prozent einen Rekordwert von 92,9 Milliarden Euro. Damit lag der Außenhandelsüberschuss bei 25,4 Milliarden Euro.

Bildrechtenachweis:

L. Chaperon; CDU/CSU-Bundestagsfraktion; CDU-Landesgruppe Niedersachsen/ Arnim Linnartz; Deutscher Bundestag/Achim Melde; Deutscher Bundestag/Thomas Imo/photothek; Bundespresseamt; Middelberg MdB; vdL/DvA

Impressum:

Dr. Ursula von der Leyen, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
www.ursula-von-der-leyen.de